

**Interpellation Schöbi-Altstätten / Grünenfelder-Bad Ragaz:
«Hindert Künstliche Intelligenz die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons?»**

Wie die Medien berichten, sind im Ausland die Behörden vermehrt mit Masseneingaben konfrontiert. So gingen z.B. in Bayern bei den Sozialgerichten im ersten Halbjahr 2026 26 Prozent mehr Klagen ein als im Vorjahr; der Anstieg beim Bürgergeld und der Grundsicherung für Arbeitsuchende (vergleichbar mit der Sozialhilfe) betrug 60 Prozent. Dem Vernehmen nach würden oft unsinnige Anträge gestellt, müssten aber bearbeitet werden, was die Bearbeitung anderer Verfahren blockiere. Laut Presseberichten sollen die Arbeitsgerichte in Grossbritannien durch künstlich generierte Klagen auf vier Jahre «ausgebucht» sein. Und Bauvorhaben sollen in England verbreitet mittels KI bekämpft werden. So steht auf dem Markt z.B. «Objector AI» bereit, eine Anwendung, welche explizit für Planungseinwände entwickelt worden ist. Ob Gerichte, ob Behörden: Werden die staatlichen Stellen mit Eingaben «geflutet», so können berechnete, wirtschaftlich wichtige und existenzielle Anliegen von Privatpersonen, aber auch von Gewerbebetrieben und Arbeitgebern, nicht mit der erforderlichen Effizienz bearbeitet und entschieden werden. Unter solchen «verstopften» Prozessen und Behördengängen leiden Bevölkerung, Gewerbe, die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton und schliesslich die öffentliche Wohlfahrt, welche nach der Eidesformel von Regierung und Kantonsrat nach Kräften zu fördern ist.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Verfügen die St.Galler Gerichte und Verwaltungsbehörden von Kanton und Gemeinden über Zahlen zur Entwicklung der Eingaben, Klagen und Einsprachen in den letzten Jahren, und ist eine Zunahme, insbesondere von mutmasslich KI-generierten oder -unterstützten Eingaben bereits feststellbar oder absehbar?
2. Stellen sich die Regierung und die Verwaltung den Phänomenen von Masseneingaben, -klagen und -einsprachen? Welche Strategie verfolgen Kanton und Gemeinden?
3. Ist die Regierung bereit, Projekten und Verfahren mit volkswirtschaftlicher Bedeutung, welche sich als vernunftbasiert erweisen, einen verfassungsmässig zulässigen «Fast-Track» zuzuweisen, «in der Förderung der Wohlfahrt nach Kräften?»

16. September 2026

Schöbi-Altstätten
Grünenfelder-Bad Ragaz